

gisch-erzieherische Arbeit unter jungen Menschen „viele Mängel“ aufweist. Besondere Beachtung müsse der „anti-religiösen Propaganda gewidmet werden“. Und da einige Komsomol-Funktionäre auf diesem Gebiet zu lasch gearbeitet haben, mußten 47 ihre Funktionen abgeben (Sarja Wostoka, Tbilisi, 19. 2. 74). Es soll aber nicht nur in den Randgebieten schärfer gegen die Kirche vorgegangen werden. Schon

einige Wochen nach der „Kritik“ der Pekinger „Volkszeitung“ glaubte sich das Zentralorgan der sowjetischen Kommunisten „Prawda“ gezwungen, sich zu rechtfertigen. In einem Grundsatzartikel über die Religion in der Sowjetunion bekräftigte sie: „Indem sie die Gläubigen in eine Welt phantastischer Trugbilder entführt und sie zwingt, auf eine Belohnung im Himmel zu vertrauen, mindert die Reli-

gion die schöpferischen Aktivitäten des Menschen“ (Prawda, 19. 8. 74).

Daß die Diskussion über die Religion und Kirche zwischen Peking, Tirana und Moskau fortgesetzt wird, kann erwartet werden. Welchen Ausgang sie aber haben wird, ist noch nicht abzuschätzen. Eins scheint aber sicher zu sein: Positiv für die Christen in diesen Ländern ist sie gewiß nicht. R. St.

Interview

Österreichs Kirche in Konflikt mit den Sozialisten

Ein Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky

Nach der Verabschiedung der Fristenregelung, die inzwischen vom österreichischen Verfassungsgerichtshof bestätigt wurde und am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, und nach der Einleitung eines Volksbegehrens zur Abschaffung des Gesetzes, das von den Bischöfen nach einigem Zögern unterstützt wird (vgl. HK, November 1974, 589), bahnt sich in Österreich ein Konflikt zwischen der regierenden sozialistischen Partei und der katholischen Kirche an. Von den Gründen und Hintergründen dieses Konflikts, der sich als größtes Zerwürfnis zwischen der Kirche und einer österreichischen Bundesregierung seit 1945 ankündigt, handelt das folgende Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler und Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Bruno Kreisky. Es wurde im Rahmen eines längeren Gesprächs über die innen- und parteipolitische Situation Österreichs aufgenommen. Auszüge daraus wurden in der „Kleinen Zeitung“ (Graz) vom 25. November 1974 veröffentlicht. Die Fragen stellten Fritz Csoklich (Graz) und Herbert Weissenberger (Wien).

HK: Wir sehen uns zur Zeit einer Zuspitzung der weltanschaulichen Auseinandersetzung in Österreich gegenüber, in der da und dort wieder kulturkämpferische Anklänge durchschlagen, und zwar sowohl auf sozialistischer wie auf katholischer Seite. Ist es nicht beängstigend, daß derartige Tendenzen nun wieder zu beobachten sind,

aufgeheizt durch den Beschluß der Fristenlösung, der in Österreich mit dem 1. Januar 1975 Gesetz wird?

Kreisky: Vor der Fristenlösung hat es in Österreich keinerlei Anzeichen für eine Tendenz zum Kulturkampf gegeben. Es hat vielleicht keine sehr intensiven Beziehungen zwischen der sozialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit und den katholischen Organisationen gegeben, aber zwischen Kirche und sozialdemokratischer Bewegung in Österreich hat es keine Gegensätze gegeben, in keiner Frage.

„Eine Situation, in der es keinen Kompromiß gibt“

HK: War nicht schon früher eine gewisse Entfremdung zwischen Kirche und Sozialistischer Partei Österreichs (SPÖ) zu verzeichnen?

Kreisky: Nein.

HK: Wenn man sich zurückerinnert an die Anfänge des nachkonziliaren Dialogs zwischen Kirche und SPÖ, beispielsweise an das inzwischen historisch gewordene Gespräch im November 1967 in St. Pölten zwischen führen-

den SP-Funktionären und katholischen Sprechern, an dem Sie damals noch als Oppositionsführer teilgenommen haben — diese Gespräche haben doch kaum eine Fortsetzung gefunden?

Kreisky: Das war eine erste grundsätzliche Aussprache, die sicher historische Bedeutung gehabt hat. Die folgende Entwicklung ist aber doch ganz normal weiterverlaufen, und in der Regierungspolitik ist nichts geschehen, was zu einer dauernden Entfremdung geführt hätte. Ich erinnere da an das einzige Problem, das Anfang der siebziger Jahre noch existiert hat, das Problem der Privatschulen in Österreich, und diese Frage ist gelöst worden. Das war doch nicht charakteristisch für eine Kulturkampf-Situation. Für eine solche Situation ist es eher charakteristisch, daß es eben keinen Kompromiß und keine Lösung gibt. Insofern ist die Fristenlösung das typische Beispiel dafür. Vorher hat es die Lösung vieler anderer Fragen gegeben, ich denke da nur an die Kirchensteuer-Problematik. Da hat es nichts gegeben, was Schwierigkeiten bereitet hätte.

HK: Wir meinen hier nicht konkrete Schwierigkeiten, sondern den Prozeß einer gewissen Entfremdung, der sich schon vorher abzeichnete. Gerade Katholiken, die eher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zuneigen, haben doch immer wieder den Vorwurf erhoben, daß die SPÖ ihre Gespräche und Kontakte mit der katholischen Kirche mit einigem Nachdruck weiterführte, solange sie in der Opposition war, also bis 1970. Dann, als sie die Regierung übernommen hat, hörte das auf.

Kreisky: Das hat einen anderen Grund gehabt. Es kam in katholischen Organisationen zu einem personellen Wechsel. Es kamen in diesen Organisationen Leute zum Zug, die früher prononciert in politischen Positionen tätig waren, und die sind dann führende Männer in katholischen Organisationen geworden.

HK: Nun, das stimmt aber nicht. Dr. Weiss, der frühere Verkehrsminister, ist der einzige ehemalige Politiker dieser Art, und er ist erst vor ungefähr einhalb Jahren Präsident der Katholischen Aktion Österreichs geworden.

Kreisky: Es hat aber keinerlei Anzeichen auch nur für die geringste Entfremdung zwischen Kirche und SPÖ gegeben. Richtig ist, daß mit der Strafrechtsreform, z. B. mit dem Kampf um die Paragraphen über die Homosexualität, eine erste Entfremdung eingetreten ist. Die eigentliche Konfrontation ist aber sicher erst mit der Fristenlösung eingetreten, und da stellt sich die Frage, wie wird man mit diesem Problem fertig? Es scheint ja so, als wenn sich in dieser Frage alles verschworen hätte, wie das ja oft in solchen Situationen passiert. Es wird also jetzt ein Volksbegehren gemacht, und das fällt irgendwie zusammen mit den Wahlvorbereitungen, denn die Wahlen sind im Oktober 1975, und wie immer die Dinge laufen werden, fällt dieses Volksbegehren mit der anlaufenden Wahlbewegung

zusammen, die sich im Jahr 1975 sicher irgendwann deutlicher bemerkbar machen wird.

HK: Das Hauptverfahren des Volksbegehrens soll nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge über den Wahltermin hinweggezogen werden, so daß das Volksbegehren erst nach den Wahlen kommt.

Kreisky: Das weiß ich nicht. Auf jeden Fall wird es aber zu einer Werbe-Arbeit für dieses Volksbegehren kommen, es wird eine gewisse Koinzidenz geben, und ich persönlich wäre glücklich, wenn sich das irgendwie fein säuberlich scheiden ließe. Für mich — und ich spreche jetzt als Parteivorsitzender, nicht in meiner Eigenschaft als Bundeskanzler — gibt es zwischen dem Staat und der Kirche keine offenen Fragen. Mir erscheint wichtig, daß man sich in der Frage der Fristenlösung von beiden Seiten her bemüht, die Auseinandersetzung in der Art zu führen, daß nicht zu tiefe Gräben aufgerissen werden. Es geht da um eine furchtbar ernste Sache. Wenn man die Diskussion in ernster Weise führt, werden gegensätzliche Auffassungen sichtbar werden, es werden sich Standpunkte profilieren. Das kann ja ohne weiteres geschehen, nur soll man nicht in einen Ton verfallen, in einer Sprache sprechen, wie sie in Österreich beispielsweise in meiner Jugend gesprochen wurde. Wenn wir von beiden Seiten her große Anstrengungen unternehmen, daß da nicht soviel Porzellan zer schlagen wird, dann glaube ich, daß wir über diese Probleme hinwegkommen. Nur muß man dazu auf beiden Seiten bereit sein. Ich meine, daß die Kirche in Österreich viel zu gut weiß, wie die Dinge liegen, sie wird sicher diese Bemühungen unternehmen. Ich für meinen Teil kann nur versichern, daß ich mit meinen Freunden alles in meiner Kraft Stehende tun werde, um auch von unserer Seite überall beruhigend und planierend zu wirken, wo sich das notwendig erweisen sollte.

„Die Partei wird nicht in das gleiche Horn stoßen wie in den zwanziger Jahren“

HK: Nun gibt es da z. B. die Schreibweise der „Arbeiterzeitung“, also des offiziellen Zentralorgans der Partei, in dem in letzter Zeit u. a. Leserbriefe erschienen, die praktisch zum Kirchenaustritt aufgefordert haben.

Kreisky: Leserbriefe sind eine Sache für sich. Die kann man nicht unterdrücken.

HK: Man soll sie auch nicht unterdrücken. Es ist nur interessant, daß derartige Leserbriefe im Zentralorgan der Partei erscheinen.

Kreisky: Wenn man Leserbriefe nicht unterdrückt, muß man sie publizieren. Ich mache ja auch nicht Zeitungen für Leserbriefe verantwortlich, die sehr rauh sind.

HK: Neu ist aber die Tonart, die da plötzlich festzustellen ist und die es seit 1945 nicht mehr gegeben hat.

Kreisky: Aber die Partei selbst wird jedenfalls keine solche Stellungnahme abgeben, sie wird zum Unterschied zu den zwanziger Jahren nicht in das gleiche Horn stoßen, dafür kann ich mich verbürgen. Ich sage sogar noch viel mehr: Sollte das der Fall sein, wäre das für mich der Zusammenbruch der von mir vertretenen Politik. Ich kann nur noch einmal sagen: Eine Sozialistische Partei, deren Vorsitzender ich bin, wird niemals dafür eintreten, daß ihre Mitglieder und Anhänger in ihren religiösen Entscheidungen beeinflusst werden. Das werden wir nicht tun, und die SPÖ wird ganz bestimmt niemanden zum Austritt aus irgendeiner Religionsgemeinschaft auffordern.

HK: Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich aufseiten Ihrer Partei vorstellen, um die Spannungen abzubauen?

Kreisky: Beispielsweise ein solches Gespräch wie mit Ihnen. Das ist für mich eine sehr wichtige Voraussetzung. Damit gebe ich klare Auskunft über die Position, die eingenommen wird, und das gleiche werde ich innerhalb der Partei bei verschiedenen Gelegenheiten tun. Ich werde mich auf die verschiedenste Art bemühen, daß hier nicht eine Politik gefährdet wird, der ich mich seit 1945 verpflichtet fühle, daß hier nicht das zerstört wird, was in letzter Zeit aufgebaut wurde.

HK: Gibt es Möglichkeiten, daß Katholiken in der SPÖ, katholische Sozialisten sich innerhalb der Partei gegen die Fristenlösung aussprechen können und daß sie ihren Standpunkt auch im Zusammenhang mit dem Volksbegehren artikulieren — oder halten Sie das für ausgeschlossen?

Kreisky: Ich halte das für selbstverständlich und werde überall dafür eintreten, daß dort, wo katholische Sozialisten ihren Standpunkt vertreten, dieser Standpunkt auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird. Es kommt überhaupt nicht in Frage, daß das verhindert wird. Das ist ausgeschlossen. Das ist unvereinbar mit den Grundsätzen, die ich in der Partei vertrete.

HK: Das steht in gewissem Widerspruch zur Propaganda Ihrer Partei, die in den letzten Wochen ganz massiv die Unterstützung des Volksbegehrens als eine Unterstützung der ÖVP, ja als einen „Vorwahlkampf“ für die Volkspartei bezeichnet hat.

Kreisky: Man kann aus dem, was ich gesagt habe, nicht ableiten, daß die SPÖ, die ja für die Fristenlösung eingetreten ist, nun verzichtet, die Fristenlösung zu verteidigen. So kann man das nicht auffassen. Sie dürfen jetzt nicht jedes Argument auf die Goldwaage legen. Wenn man sich in eine politische Auseinandersetzung einläßt, und das

haben die Anhänger des Volksbegehrens getan, dann wird es in dieser Frage eine politische Auseinandersetzung geben. Es gibt z. B. auch Vertreter des Volksbegehrens, die uns direkt oder indirekt als Mörder bezeichnen. Ich mache dafür nicht die Kirche verantwortlich. Aber es ist offenbar nicht auszuschließen, daß in der Propaganda auf beiden Seiten Argumente vorgebracht werden, die etwas härter sind. Ich halte es aber für unmöglich und ausgeschlossen, daß etwa die in meiner Partei Verantwortlichen eine Kampagne zum Kirchenaustritt starten oder daß so etwas auch nur angedroht wird.

„Wir werden keine Parteiverfahren einleiten“

HK: Um den Sachverhalt zu präzisieren: In der SP-Propaganda wird beinahe jeder, der sich für das Volksbegehren engagiert, als ein verkappter ÖVP-ler bezeichnet; was geschieht, wenn sich ein Sozialist zu den Zielen des Volksbegehrens bekennt? Ist er dann ein Parteiverräter?

Kreisky: Wie diese Frage von den einzelnen Leuten in der internen Diskussion behandelt wird, kann ich nicht sagen. Jedenfalls wird die Partei gegen keinen Menschen, gegen niemanden, der aus Gewissensüberzeugung einen bestimmten Standpunkt einnimmt, ein Parteiverfahren einleiten. Das kann es nicht geben. Die Partei hat ihr Programm, und in dem steht ganz genau drin, daß sich die Partei nicht hindrängt, wo der Mensch und die Religion ihren Platz haben.

HK: Warum sind eigentlich die letzten Jahre so wenig genützt worden, um den Katholiken in Ihrer Partei auf Bundesebene die eine oder andere Position zu öffnen? Auch das ist ja einer der Vorwürfe, der von katholischer Seite erhoben wird. Natürlich kann es dabei keinen Proporz geben. Aber die wenigen Katholiken, die es an wichtigen Positionen Ihrer Partei gegeben hat — etwa den niederösterreichischen Landeshauptmann-Stellvertreter Tschadek —, haben keine Nachfolger gehabt.

Kreisky: Der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Salcher hat diese wichtige Rolle übernommen. Er erklärt sich selbst bei jeder Gelegenheit als einen treuen Sohn der Kirche. Das kann ich nur sagen.

HK: In Innerösterreich, speziell in Wien, ist die Lage eine ganz andere.

Kreisky: Das kommt darauf an. Man kann aber doch nicht sagen: „Jetzt müß ma an habn für die Katholiken.“ Das ist doch ein natürlicher Prozeß. Nehmen Sie nur den Vorarlberger LandesparteiSekretär Winder, der sich selbst immer als gläubiger Katholik bezeichnet. Er gehört zu den Spitzenfunktionären der Partei. In Oberösterreich

gibt es einige Funktionäre der Partei, die eine Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten bilden. Es ist jedenfalls kein Hindernis, wenn man sich der Kirche verpflichtet fühlt. Andererseits wäre es auch sehr schlecht, wollte man jemanden krampfhaft suchen, nur daß er diese Aufgabe erfüllt.

HK: In der Praxis fehlt es an solchen Repräsentanten in Ihrer Partei.

Kreisky: Salcher hat gegen die Fristenlösung gestimmt, er hat am Villacher Parteitag dagegen Stellung genommen, er ist immerhin Mitglied des Parteipräsidiums.

„In der Partei hat man gemeint, die Fristenlösung sei ein Kompromiß“

HK: Herr Bundeskanzler, wie ist eigentlich Ihre Regierung in diese Frontstellung im Zusammenhang mit der Fristenlösung hineingerutscht? Es hat doch vor dem Beschluß der Fristenlösung sehr ernste Warnungen gegeben, auch Kardinal König war unter den Warnern. Hat man in der SPÖ nicht geglaubt, daß die Kirche diese entschiedene Haltung einnehmen wird, hat man diese Warnungen innerhalb der SPÖ unterschätzt?

Kreisky: Ich habe dazu im Parlament sehr offen Stellung genommen, und zwar als Abgeordneter in der entscheidenden Sitzung. Die Sache ist so gewesen: In der Partei hat es Meinungsverschiedenheiten gegeben. Ich gebe zu, ich habe mich mit dieser Frage wenig beschäftigt, erst in einer späteren Phase wurde das anders. Ich selbst habe einen Standpunkt vertreten, der viel weitergeht. Ich habe gesagt, mir leuchtet die Logik der Fristenlösung in dieser Form nicht ein, da wäre ich schon für die gänzliche Streichung des Abtreibungsparagraphen.

HK: Das geht ja aber noch weiter als die Fristenlösung?

Kreisky: Ja, aber damit macht man diese Frage eindeutig zu einer Frage der Frau, des Priesters und des Arztes. Und niemandes anderen. Da hat man in der Partei gemeint, die Fristenlösung sei ein Kompromiß, und man hat sich in der Tat der Hoffnung hingegeben, daß es hier Kompromißmöglichkeiten geben könnte. Diese hat es aber nicht gegeben. Wir vertreten eben in dieser Frage zwei Richtungen.

HK: Justizminister Broda hat einmal gesagt, eine so entscheidende Materie wie die große Strafrechtsreform könne nicht mit 51:49 Prozent der Stimmen im Nationalrat beschlossen werden, dann kam es aber doch in der Fristenlösung zu dieser knappen Mehrheit.

Kreisky: Es war bei den einzelnen Abschnitten der Straf-

rechtsreform eine wechselnde Mehrheit. Einige Wochen vor der Abstimmung hat es so ausgesehen, als würde es bei der Abstimmung eine größere Mehrheit geben, keine Zweidrittel-Mehrheit, aber eine stärkere Mehrheit.

HK: Tatsache ist jedenfalls die knappe Mehrheit, die ja schon rein formal ein arger Schönheitsfehler ist.

Kreisky: Wie groß die Mehrheit letztlich ist — sie entscheidet in einer Demokratie. Und wie groß die Mehrheit im Volk wäre, kann man nur durch eine Abstimmung festlegen.

HK: Warum hat die SPÖ dann die vorgeschlagene Volksabstimmung über die Fristenlösung abgelehnt?

Kreisky: Weil die Strafrechtsreform ein Gesamtkomplex war, und da wäre eine Abstimmungsprozedur zu schwierig gewesen. Das wissen die Leute, die an der Strafrechtsreform mitgearbeitet haben. Sie haben ja recht, daß Sie mich sehr packen. Aber für mich persönlich ist es eine furchtbare Situation. Denn ich habe furchtbar viel in diese Politik investiert, ich habe sehr viel Kraft auf diese Politik verwendet, ich habe menschliche Kontakte gesucht, und zwar nicht aus Opportunitätsgründen. Denn in der Partei hat es Leute gegeben, die mich wegen dieser Politik angegriffen haben, und es hat auch im Land Leute gegeben, die mich deshalb attackiert haben.

HK: Na, es hat doch auch politische Vorteile eingebracht, indem Sie katholische Wählerschichten ansprechen konnten?

Kreisky: Ja, da hat's zum Beispiel den Witz gegeben, Österreich werde einen „schwarzen“ Bundespräsidenten erst dann haben, wenn der Kreisky einen vorgeschlagen wird. Es gibt also gewiß eine Schicht, die für uns sehr ansprechbar war. Es gab aber auch andere, wie ich aus vielen Briefen weiß, die über diese Haltung sehr verärgert und verbittert waren, die sagten, mit euch kann man nicht mehr reden, weil ihr auch Klerikale geworden seid...

HK: Wir erinnern uns an die große Diskussion, an der Sie 1967 in Bruck an der Mur teilgenommen haben. Damals ist ein Arbeiter aufgestanden und hat gesagt: „Genosse Kreisky, paß auf, die ‚pflanzen‘ dich nur. Das sind die gleichen Leute wie früher, die haben jetzt nur eine andere Frisur.“ Sie haben damals versichert, die Kirche meine es mit ihrem Verständigungskurs ehrlich. Meinen Sie das auch heute noch?

Kreisky: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die führenden Männer der katholischen Kirche in Österreich — ich will jetzt keine Namen nennen — keinen Konflikt mit der sozialistischen Arbeiterbewegung wollen. Es ist für mich gar keine Frage, daß ihnen die jüngste Entwicklung auch Kopfzerbrechen macht.

HK: War es aber nicht so, daß man von sozialistischer Seite recht gern kirchliche Stimmen — etwa Kardinal König — dann zitiert hat, wenn sie sich in irgendeiner abweichenden Form zur ÖVP geäußert haben, daß man dadurch manche Schwierigkeiten heraufbeschworen hat, während man die Entwicklung in der Kirche insgesamt kaum registrierte?

Kreisky: Ich glaube nicht, daß uns der Kardinal Zitate gegen die ÖVP geliefert hat. Das glaube ich nicht. Kardinal König hat immer eine gewisse Distanz zu uns gehalten. Es ist ja nicht wahr, was da mitunter behauptet wird. Wohl hat es aber eine Gesprächsbasis gegeben, eine ordentliche und sehr ernste, und das allein hat schon genügt, um gewissen Eiferern das Argument zu liefern, er sei uns ein ‚nahestehender Kardinal‘. Dazu kommt noch, daß der Kardinal — so habe ich es gesehen — die besondere Funktion in der Kirche zu erfüllen hat, sich mit den Glaubenslosen zu befassen. Im Parlament habe ich einmal scherzhafterweise den Kardinal zitiert (dabei gab es immer wieder Zwischenrufe) und gemeint, „was wollen's denn, das ist ein Kardinal für die Leut', wie ich einer bin . . .“

„Die Kirche selbst tritt für eine größere Freiheit vom Staat ein“

HK: Wie sehen Sie prinzipiell die Funktionsstellung zwischen Staat und Kirche in unserer heutigen Zeit? Es gibt ja Bestrebungen, die radikal auf eine völlige Trennung von Staat und Kirche drängen, das Grundsatzpapier der FDP in der Bundesrepublik ist ein Symptom dafür. Wie sehen Sie die Notwendigkeiten einer Verklammerung bzw. Differenzierung?

Kreisky: Ich möchte mich jetzt nicht hinter allgemeinen Formulierungen verstecken. Ich werde einige ganz konkrete Beispiele nennen. So bin ich überzeugt, daß die Entwicklungshilfe eine der ganz großen politischen Aufgaben dieser Zeit ist und in noch stärkerem Maß in den nächsten Jahren werden wird. Diese politische Forderung zu erfüllen ginge in Österreich gar nicht ohne massive Förderung und Unterstützung durch die Kirche. Es ist gerade in Österreich das Essentielle dieser Politik, daß die Kirche und ihre Organisationen hier mittun, weil wir dafür einfach nicht stark genug wären, das muß ich gestehen. So haben wir in den letzten vier Jahren für unsere Verhältnisse eine ungeheure Steigerung unserer Beiträge für die Entwicklungshilfe erreicht . . .

HK: Ja, aber vor allem von privater Seite. Von staatlicher Seite haben wir die von der UNO geforderte Ein-Prozent-Marke des Budgetanteils bei weitem nicht erreicht.

Kreisky: Ich habe nie gedacht, daß wir einen so riesigen Betrag erreichen können, wie wir ihn erreicht haben. Be-

trugen die Gesamtaufwendungen des Staates zwischen 1967 und 1970 jährlich 260 bis 300 Millionen S, so sind diese Ausgaben zwischen 1971 und 1974 auf 1,8 Milliarden S gestiegen. Dazu kommt noch eine Milliarde S, die nach 1973 gegeben wurde, und zwar an die asiatische Entwicklungsbank. Das ist die Situation und die eine Seite der Frage, soweit sie die Entwicklungshilfe betrifft. Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, daß etwa im Bereich der Sozialpolitik eine so breite Opinion gefunden worden wäre, ohne Beitrag der katholischen Soziallehre und ohne das, worauf diese Soziallehre verpflichtet. Ich gehe noch weiter: Ohne diese ruhige und gute Situation wäre es sehr viel schwieriger, einen geschlossenen und einheitlichen Gewerkschaftsbund zu erhalten. Es hätten die geistigen Grundlagen gefehlt. Es gibt ja in der ganzen Welt christliche Gewerkschaften, die für sich selbst stehen. In Österreich gibt es zum Glück einen einheitlichen Gewerkschaftsbund, und sicher spielt da eine Rolle, daß es kein Gegensatzverhältnis zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und Kirche gegeben hat. Wenn Sie mich also fragen, wie ich zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche stehe, dann bin ich der Meinung, daß die Kirche gesellschaftspolitische Aufgaben hat, daß sie genauso das Recht hat, diese zu erfüllen, wie man ihr in ähnlicher Weise das Recht auf anderen Gebieten zubilligt. Das kann man voneinander nicht trennen.

HK: Sehen Sie Grenzen, die von seiten der Kirche oder von seiten des Staates eingehalten oder besser markiert werden sollten?

Kreisky: Die Kirche selbst tritt für eine größere Freiheit, für die Freiheit vom Staat ein. So habe ich es nicht notwendig, ein solches Postulat aufzustellen. Die Kirche tut dies in hinreichender und überzeugender Weise. Eine Grenze wäre es, sollte es zu einem Eingreifen der Kirche kommen, ähnlich wie bei den bayrischen Bischöfen. Das würde den absoluten Bruch in Österreich bedeuten. Dann könnte ich jene Erklärung nicht mehr aufrechterhalten, denn dann müßte ich sagen: Das alles ist gescheitert.

HK: Sie beziehen sich hier auf die Bischöfe. Man wird dabei unwillkürlich an das Wort Otto Bauers erinnert, die Prälaten, die Bischöfe, der Papst — das seien die Kirche; der Bauer aber, der um seine Ernte betet, die Mutter, die am Krankenbett ihres Kindes bei der Muttergottes Zuflucht suche — das sei Religion. Nun versteht sich gerade seit dem Konzil die Kirche sehr stark als Gemeinschaft der Glaubenden. Inwieweit ist diese Akzentuierung innerhalb Ihrer Partei zur Kenntnis genommen worden?

Kreisky: Es ist sicher so, daß viele noch das Institutionelle mit der Kirche gleichsetzen. Da gibt es noch manche Restvorstellungen. Ansonsten, so glaube ich, betrachten das kultivierte und gebildete Sozialisten nicht mehr so. Wenn wir Kirche sagen, meinen wir den ganzen geistigen Bereich.